

## Zusammenfassung der VOX-Analyse Februar 2025: Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2025

Am 9. Februar 2025 wurde über die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen abgestimmt. Während Sympathisierende der Grünen fast geschlossen und der SP mehrheitlich für die Initiative gestimmt haben, gab es wenig Zuspruch von Sympathisierenden der Parteien der politischen Mitte und so gut wie keine Zustimmung von FDP- und SVP-Sympathisierenden. Damit war die Initiative chancenlos. Insgesamt zeigte sich auch ein klarer Graben zwischen links und rechts, wobei auf beiden Seiten ähnlich stark mobilisiert werden konnte – insbesondere bei Sympathisierenden der FDP und der Grünen. Als Motive für das Nein wurden vor allem die Radikalität der Initiative sowie Befürchtungen von negativen Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort Schweiz angeführt. Obwohl auch viele Gegnerinnen und Gegner Handlungsbedarf im Umweltbereich verorten, überwiegen für sie Überlegungen zu den Lebenshaltungskosten, zur Wirtschaftsentwicklung sowie zur Einschränkung des gewohnten Lebensstandards. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'437 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Februar 2025. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Umweltprobleme werden anerkannt, aber Risiken für die Wirtschaft und die Preisentwicklung fallen stärker ins Gewicht

### Umweltverantwortungsinitiative

Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» forderte, dass der Ressourcenverbrauch und der Schadstoffausstoss der Schweizer Wirtschaft nur so gross sein darf, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet werden kann. Innerhalb von zehn Jahren sollten geeignete Massnahmen umgesetzt werden, um dieses Ziel zu erreichen. Bundesrat und Parlament sprachen sich gegen die Vorlage aus, da sie höhere Lebenshaltungskosten, Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards sowie eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts Schweiz befürchteten. Im Einklang mit der Empfehlung von Bundesrat und Parlament lehnte das Stimmvolk die Initiative am 9. Februar 2025 mit einem Ja-Anteil von 30,3 Prozent ab.

Die Umweltverantwortungsinitiative fand im linken Lager mehrheitliche Zustimmung, vermochte jedoch nicht in der politischen Mitte und im rechten Spektrum zu überzeugen. Die starke Mobilisierung von «Rechtsaussern», welche das Vorhaben überwiegend ablehnte, trug zum tiefen Ja-Anteil auf nationaler Ebene bei. Ein weiterer bedeutender Faktor für den Stimmentscheid war das Umweltbewusstsein. Personen, die den Umweltschutz höher gewichteten als den wirtschaftlichen Wohlstand, stimmten klar für die Initiative, während Personen, die den Wohlstand priorisieren, grossmehrheitlich dagegen waren. Auch das Vertrauen in Umweltverbände und Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten spielte eine Rolle: Stimmberechtigte, die sehr hohes Vertrauen in diese Akteure haben, nahmen die Initiative deutlich an. Hingegen stimmten auch Personen, die (sehr) hohes Vertrauen in die Wissenschaft haben, mehrheitlich gegen die Umweltverantwortungsinitiative.

Die wichtigsten Nein-Motive betrafen die Umsetzung der Initiative. Die Nein-Stimmenden argumentierten, dass die Initiative zu extrem oder gar nicht umsetzbar sei. Auch negative wirtschaftliche Konsequenzen wurden von relativ vielen Gegnerinnen und Gegnern befürchtet. Der Problemdruck im Umweltbereich wurde von der Stimmbevölkerung jedoch anerkannt, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass einige Pro-Argumente zur Initiative höhere Zustimmungsraten erreichten als die Kontra-Argumente. Obwohl auch viele Nein-Stimmende der Meinung waren, dass die Umweltzerstörung sich schon heute in Form von Extremwetterereignissen bemerkbar macht und dass Grosskonzerne mehr Verantwortung für ihre negative Einflüsse auf die Umwelt übernehmen sollten, gewichteten sie bei der Beurteilung der Umweltverantwortungsinitiative Überlegungen zur Wirtschaftsentwicklung und zu den Lebenshaltungskosten höher.

## Tiefe Beteiligung mit überdurchschnittlicher Mobilisierung von Rechtsaussern

### Die Beteiligung

Die Beteiligung am 9. Februar 2025 war mit rund 38 Prozent im langjährigen Vergleich tief.

Stimmende, die sich rechtsaussern verorten, nahmen am häufigsten an der Abstimmung teil. Die Mobilisierung im politischen Zentrum war hingegen tief. Die Stimmberechtigten bewerteten die Umweltverantwortungsinitiative, die als einzige Vorlage zur Abstimmung kam, als durchschnittlich wichtig. Das Vorhaben war für die meisten leicht verständlich und die Meinungsbildung fand grösstenteils vor Beginn des Abstimmungskampfs statt.

### Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 9. Februar 2025 hatte das Schweizer Stimmvolk über eine Vorlage zu entscheiden: die Umweltverantwortungsinitiative.

## Über die Studie

### Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheidung der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Medienutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#), die alten VOX-Berichte sind es bereits.

### Wer finanziert die VOX-Studien?

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf [vox.gfsbern.ch](http://vox.gfsbern.ch)

gfs.bern ag  
Effingerstrasse 14  
CH – 3011 Bern  
+41 31 311 08 06  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)

 **SWISS INSIGHTS**  
Institute Member

**gfs.bern** 